

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreigespaltene Zeitspaltel oder deren Raum 30 M.
für Versammlungsanzeigen 10 M. pro Zeile

Zentrale Verhandlungen für das Baugewerbe.

Verhandelt,

Berlin, Luisenstr. 32, den 27. November 1917.

Auf Einladung des Reichswirtschaftsamts erschienen zur Verhandlung über die Gewährung einer weiteren Steuerungszulage im Baugewerbe über den Vertrag vom 26./27. April 1917 hinaus vor dem Wirklichen Geheimen Rat, Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamte Dr. Caspar, als Vertreter: I. des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe: 1. Architekt und Maurermeister G. Behrens, Hannover, 2. Baumeister und Architekt L. Popp, Nürnberg, 3. Hofzimmermeister G. Noack, Dresden, 4. Kommerzienrat Rudolf Wolle, Leipzig, 5. Maurer- und Zimmermeister Lauffer, Königsberg i. Pr., 6. Architekt R. Lüscher, Frankfurt a. M., 7. Maurermeister und Stadtrat Walther, Erfurt, 8. Baumeister Holst, Hamburg, 9. Architekt B. Rant, München, 10. Baumeister Hans Kretschmar, Leipzig, 11. Baumeister Joh. Thiemann, Köln a. Rh., 12. Verwaltungsdirektor Dr. Froehner, Berlin; II. der Arbeitnehmerverbände: a) des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Sitz Hamburg: 13. Paeplow, Hamburg, Vorsitzender, 14. Behrendt, Hamburg, 15. Silberschmidt, Berlin, 16. Jacob, Leipzig, 17. Koch, Magdeburg, 18. Merkel, Nürnberg, 19. Muth, Köln; b) des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, Sitz Hamburg: 20. Fr. Schrader, Hamburg, Vorsitzender, 21. A. Bringmann, Hamburg, 22. G. Ede, Hamburg, 23. G. Rube, Berlin, 24. G. Knüfer, Berlin, 25. G. Laue, Leipzig; c) des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands, Sitz Berlin-Lichtenberg: 26. J. Wiedeberg, Berlin-Lichtenberg, Vorsitzender, 27. A. Schmidt, Berlin.

Seine Excellenz, Herr Unterstaatssekretär Dr. Caspar, begrüßte die Erschienenen und gab einen kurzen Überblick über die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen. Es wurde darauf in die Verhandlungen eingetreten und zunächst die Frage der Verlängerung des Reichstarifvertrags bis zum 31. März 1919 erörtert.

Herr Paeplow erklärte, daß er für seinen Verband keine verbindende Erklärung über die Verlängerung des Tarifvertrags abgeben könne; die Zustimmung zur Verlängerung des Tarifvertrages könne sachungsgemäß nur der Verbandstag erteilen, der frühestens Mitte März 1918 stattfinden könne. Er sei jedoch ermächtigt, wenn eine befriedigende Verständigung zustande komme, das Einverständnis des Verbandsvorstandes mit der Verlängerung des Tarifvertrages zu erklären. Die Herren Schrader und Wiedeberg erklärten, daß sie in der Lage seien, ohne Abhaltung von Verbandstagen in kürzester Frist für ihre Verbände endgültig zur Frage der Tarifverlängerung Stellung zu nehmen.

Im Laufe der weiteren Verhandlungen erklärte Herr Paeplow, daß er das von ihm in der Verhandlung am 14. November 1917 gemachte Angebot einer am 1. Dezember 1917 mit 5 % beginnenden und am 1. Februar, 1. April und 1. Juni 1917 um je 5 % steigenden Zulage nicht aufrechterhalten könne, sondern darauf bestehen müsse, daß am 1. Dezember 1917 und am 1. April 1918 je 10 % gezahlt würden. Schließlich wurde beschlossen, die Verhandlungen am nächsten Tage, vormittags 10 Uhr, fortzusetzen.

Weiterverhandelt Berlin, den 28. November 1917, unter Vorsitz des Regierungsrats Dr. Sipler.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen machte Herr Behrens namens seines Verbandes nachstehenden Vorschlag:

„Durch die abzuschließende Vereinbarung wird vom 10. Dezember 1917 ab eine Steuerungszulage von 5 %, vom Tage des endgültigen Abschlusses der neuen Vereinbarung durch sämtliche Parteien, jedoch frühestens vom 10. Dezember 1917 ab weitere 5 %, und endlich vom 1. Juni 1918 ab nochmals 5 % Steuerungszulage bewilligt. Durch Aufnahme in diese Niederschrift ist festzulegen, daß den Parteien das Recht zustehen soll, die Erhöhung oder Herabsetzung der bewilligten Steuerungszulagen vom 1. Oktober 1918 ab zu fordern, falls das Reichswirtschaftsamte infolge des Antrags einer der Parteien auf Grund der von ihm

vorzunehmenden Prüfung zu der Ueberzeugung gelangt, daß in dem Zeitraum vom 1. Juli bis 30. September 1918 eine entsprechende Erhöhung oder Minderung der Kosten der gesamten Lebenshaltung der Bevölkerung erfolgt ist.“

Die Vertreter des Deutschen Bauarbeiterverbandes hielten daran fest, daß eine endgültige Stellungnahme ihres Verbandstages zur Verlängerung des Reichstarifvertrags nicht vor Mitte März 1918 möglich sei. Es fanden darauf Sonderberatungen der beiden Parteien statt. Nach Wiederaufnahme der gemeinsamen Beratungen erklärt Herr Behrens im Namen der Arbeitgeber:

„Die Bewilligung der zweiten Staffel meines letzten Vorschlags (5 % bei endgültigem Abschluß der Vereinbarung) soll nicht abhängig gemacht werden von der endgültigen Annahme der Vertragsverlängerung durch die Verbandstage, vielmehr soll sie gleichzeitig mit der ersten Staffel gewährt werden, wenn die Vorstände der Arbeiterzentralverbände genügende Garantien beibringen, daß auf ihren Verbandstagen die Annahme der Verlängerung zu den noch zu vereinbarenden Bedingungen erfolgt. Unter dieser Voraussetzung bieten die Arbeitgeber an: 5 % vom 10. Dezember 1917 ab, 5 % nach Beibringung der Garantien, 3 % vom 1. April 1918 ab und 2 % vom 1. Juli 1918 ab. Angerechnet auf die neuen Zulagen sollen nur werden die seit 1. August 1917 über die zweite Zulage hinaus bewilligten Sonderzulagen, ferner sämtliche unter Vorbehalt der Anrechnung bewilligten Zulagen. Vergütungen für Fahrgehalt und Mittagessen werden nicht angerechnet.“

Es fand hierauf eine kurze Sonderberatung der Vertreter der Arbeitnehmer statt. Nach Wiederaufnahme der gemeinsamen Verhandlungen erklärt Herr Wiedeberg namens der Vertreter der Arbeitnehmer, daß der letzte Vorschlag des Herrn Behrens Aussicht biete, zu einer Einigung zu gelangen, wenn auch der Umfang der vorgeschlagenen Zulagen den Vertretern der Arbeitnehmer nicht genügend erscheine. Herr Wiedeberg beantragte daraufhin die Bildung eines aus den Herren Behrens, Popp, Noack, Dr. Froehner, Paeplow, Schrader und seiner eigenen Person bestehenden Sonderausschusses, in dem heute nachmittags, 4 Uhr, weiter verhandelt werden soll. Dem Antrage wurde zugestimmt und die Beratungen wurden abgebrochen.

Weiterverhandelt im Sonderausschuß unter Vorsitz des Regierungsrats Dr. Sipler.

Nach mehrfachen Verhandlungen sowohl zwischen der Gesamtheit der beiderseitigen Vertreter als auch zwischen den engeren Verhandlungsausschüssen sowie nach verschiedenen getrennten Beratungen der Parteien kam die (im „Zimmerer“ Nr. 49 vom 8. Dezember 1917 abgedruckte) Vereinbarung zustande, deren endgültige Fassung in dem engeren Ausschuss am 29. November 1917 festgestellt worden ist. Beide Parteien waren darüber einig, falls eine wesentliche Veränderung der Preise für Lebensunterhalt vom Juli bis Oktober 1918 eintreten sollte, auf Antrag einer der vertragschließenden Parteien nach dem 1. Oktober 1918 Verhandlungen über die Erhöhung oder Herabsetzung der Steuerungszulagen zulässig sein sollen. Der Antrag soll beim Reichswirtschaftsamte gestellt und dieses zugleich gebeten werden, zu entscheiden, ob eine wesentliche Veränderung der Preise für Lebensunterhalt eingetreten ist. Die Parteien werden sich dieser Entscheidung des Reichswirtschaftsamts unterwerfen.

Herr Paeplow behielt dem Mitte März 1918 stattfindenden Verbandstage des Deutschen Bauarbeiterverbandes die endgültige Annahme der Vereinbarung vor. Er versprach, dem Reichswirtschaftsamte in den nächsten Tagen eine Erklärung des Verbandsvorstandes und Beirates über ihre Zustimmung zu der Vereinbarung zugehen zu lassen. Herr Behrens behielt gleichfalls die endgültige Entscheidung über die Annahme der Vereinbarung der Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe vor. Er versprach, über ihre Entscheidung bis zum 10. Dezember 1918 dem Reichswirtschaftsamte Mitteilung zu machen. Die Herren Schrader und Wiedeberg erklärten, daß die Verbindlichkeit der Vereinbarung für ihre Verbände von der Beschlußfassung irgendwelcher Verbandsorgane nicht mehr abhängen. Sollte der Deutsche Bauarbeiterverband der Vereinbarung nicht beitreten, so steht sämtlichen Parteien Handlungsfreiheit zu.

Am 29. November 1917 festgestellt, vorgelesen, genehmigt und unterschrieben:

gez. G. Behrens, Fr. Paeplow, Joz. Wiedeberg, Fr. Schrader.

Verhandelt wie oben:

gez. Dr. Caspar, Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamte, Wirklicher Geheimer Rat.
Dr. Sipler, Regierungsrat.

Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts.

II. 7598. Berlin NW 6, den 12. Dezember 1917.

Auf das Schreiben vom 6. Dezember 1917. Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat mir mitgeteilt, daß seine Generalversammlung, die am 9. Dezember 1917 in Würzburg getagt hat, der Vereinbarung vom 29. November 1917 zugestimmt hat.

Seitens des Deutschen Bauarbeiterverbandes ist mir die abschriftliche beigelegte Erklärung zugegangen.

In Vertretung:
Caspar.

An den Vorstand des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands in Hamburg.

Abchrift II. 7598.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Hamburg 25, den 6. Dezember 1917.

An das Reichswirtschaftsamte, zu Händen des Herrn Unterstaatssekretärs, Excellenz Dr. Caspar, in Berlin.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes erklärt für sich und seinen Verbandsbeirat, daß beide Verbandskörper beschloffen haben, unter Anerkennung der im Reichswirtschaftsamte am 29. November dieses Jahres festgestellten Vereinbarung, der Verlängerung des Tarifvertrages bis zum 31. März 1919 zuzustimmen und auf dem Mitte März stattfindenden Verbandstage nachdrücklich für die Bestätigung und Durchführung des Vertrages einzutreten.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Der Vorstandsvorsitz. gez.: Fritz Paeplow.

Umfang unseres Zentralverbandes, Zahlstellen- und Mitgliederbewegung im dritten Quartal 1917.

Am Schlusse des zweiten Quartals 1917 waren 612 Zahlstellen vorhanden. Im Laufe des dritten Quartals lösten sich zwei Zahlstellen auf, so daß am Schlusse des dritten Quartals noch 610 Zahlstellen gezählt wurden.

Seit dem Jahre 1913 betrug am Schlusse des dritten Quartals die Zahl der Verbandszahlstellen:

1913 813	1915 698
1914 794	1916 640
1917 610		

Gegenüber dem dritten Quartal 1916 hat sich die Anzahl der Zahlstellen um 30 verringert. Fast alle diese Zahlstellen haben ihre Tätigkeit einstellen müssen wegen Einberufung ihrer Mitglieder zum Kriegsdienst. Im Berichtsquartal waren es die Zahlstellen Bülow und Fiehe.

Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des zweiten Quartals 1917 18 664. Im Laufe des dritten Quartals 1917 betrug der Zugang 3424, der Abgang 2972 Mitglieder (inklusive 956 zum Militär eingezogener). Der Mitgliederbestand war somit am Schlusse des dritten Quartals 1917 19 116. (Die weiterhin abgedruckte Tabelle veranschaulicht die Mitgliederfluktuation eingehender.)

Seit dem Jahre 1913 betrug die Zahl der Mitglieder am Schlusse des dritten Quartals:

1913 62 925	1915 21 263
1914 36 593	1916 18 059
1917 19 116		

Die jedesmalige Zu- (+) beziehungsweise Abnahme (-) der Mitgliederzahl betrug seit 1913 im dritten Quartal:

1913 ÷ 95	1915 ÷ 2225
1914 ÷ 26 080	1916 ÷ 436
1917 + 452		

Im Vergleich zu den vorhergehenden Kriegsjahren ist eine Zunahme zu verzeichnen. Bringt man von dem Abgang (2972) die Zahl der zum Militär Einberufenen (956) in Abzug, dann ergibt sich, daß der Zugang um 1408 höher ist als der Abgang.

Wie sich in den einzelnen Bundesstaaten beziehungsweise Landesteilen des Deutschen Reiches die Zahlstellen- und Mitgliederbewegung seit dem Vorjahre gestaltete, zeigt die nachstehende Tabelle, wo die Zahl der Zahlstellen und Mitglieder am Schlusse des dritten Quartals 1917 mit dem Stande der Dinge in der gleichen Zeit des Vorjahres verglichen wird:

Table with columns: Bundesstaaten und Landesteile, 1916 (Zahlst., Mitgl.), 1917 (Zahlst., Mitgl.), Sum (+) oder Abgang (-) (Zahlst., Mitgl.). Rows include Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, etc.

Table with columns: Bundesstaaten, 1916 (Zahlst., Mitgl.), 1917 (Zahlst., Mitgl.), Sum (+) oder Abgang (-) (Zahlst., Mitgl.). Rows include Schwarzb.-Sonderhausen, Waldeck, etc.

Deutsches Reich insgesamt: 64018059/61019116 -30 +1057

Nach Ortsgrößenklassen geordnet, bietet unser Verband im dritten Quartal 1917 gegenüber dem dritten Quartal des Vorjahres das nachstehende Bild:

Table with columns: Ortsgrößenklassen, 1916 (Zahlst., Mitgl.), 1917 (Zahlst., Mitgl.), Sum (+) oder Abgang (-) (Zahlst., Mitgl.). Rows include über 100000 Einwohner, von 20000 bis 100000, etc.

Finanzgebaren.

Die Gesamteinnahme in den Verbandszahlstellen betrug seit 1913 im dritten Quartal:

Table with columns: Jahr, M., A. Rows for 1913, 1914, 1917.

Die Gesamteinnahme setzt sich zusammen aus Eintrittsgebühren M. 1482,-, Zentralfondswochenbeiträgen M. 171 188,95, Lokalfondswochenbeiträgen M. 69 514,75 und sonstigen Einnahmen M. 25 017,02.

Die örtlichen Ausgaben betragen seit 1913 im dritten Quartal:

Table with columns: Jahr, M., A. Rows for 1913, 1914, 1917.

An die Verbandshauptkasse wurden seit 1913 im dritten Quartal eingekandt:

Table with columns: Jahr, In tausenden Beiträgen (M., A.), Für den Streifonds (M., A.), Summa (M., A.). Rows for 1913, 1914, 1915, 1916, 1917.

Die Ausgaben der Verbandshauptkasse, ausschließlich der zurückgebuchten Summen, betragen seit 1913 im dritten Quartal:

Table with columns: Jahr, M., A. Rows for 1913, 1914, 1917.

Für Streif- und Gemafregelunterstützung sowie für Agitation verausgabte die Verbandshauptkasse seit 1913 im dritten Quartal:

Table with columns: Jahr, Streifkosten, Lohnbewegungen, Gemafregelunterstützung, Für Agitation, Summa (M., A.). Rows for 1913, 1914, 1915, 1916, 1917.

An Arbeitslosen- und Reiseunterstützung verausgabte die Verbandshauptkasse seit 1913 im dritten Quartal:

Table with columns: Jahr, Arbeitslosenunterstützung, Reiseunterstützung, Summa (M., A.). Rows for 1913, 1914, 1915, 1916, 1917.

Seit Bestehen der Arbeitslosenunterstützung in unserm Zentralverbande (1. Dezember 1905) wurden seitens unserer Verbandshauptkasse für diesen Unterstützungs-zweig M. 4 745 203,95 ausgegeben.

Mitgliederfluktuation in den einzelnen Bundesstaaten beziehungsweise Landesteilen im dritten Quartal 1917.

Large table with columns: Bundesstaaten beziehungsweise Landesteile, Mitgliederzugang (Eingetretene, Wieder eingetretene, Aus andern Zahlstellen angemeldet, Restanten, Aus andern Organisat. übergetreten, Zusammen), Mitgliederabgang (Ausgeschlossen, Ausgetreten, Gestrichen, Gestorben, Abgemeldet, Abgemeldet zum Militär, Restanten, Aus andern Organisat. übergetreten, Zusammen).

Mitgliederfluktuation nach Ortsgrößenklassen im dritten Quartal 1917.

Table with columns: Ortsgrößenklassen, Mitgliederzugang, Mitgliederabgang, Zusammen.

Mitgliederfluktuation im dritten Quartal 1917 überhaupt im Vergleich mit demselben Quartal der Vorjahre.

Table with columns: Jahr, Mitgliederzugang, Mitgliederabgang, Zusammen.

Außerdem wurden noch im dritten Quartal 1917 an die Familien der zum Militär eingezogenen Mitglieder M. 13 769,70 aus der Verbandshauptkasse gezahlt. Insgesamt zahlte die Verbandshauptkasse an Unterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer bis zum Schlusse des dritten Quartals dieses Jahres M. 1 181 469,47. An Flüchtlingsunterstützung wurden bis jetzt M. 2371,45 ausgezahlt. Aus den Lokalkassen wurden nach den in den Abrechnungen gemachten Angaben an Unterstützung der Kriegsteilnehmer sowie an Liebesgaben für im Felde stehende Kameraden im dritten Quartal 1917 in 52 Zahlstellen zusammen M. 2076,30 ausgegeben. Seit Ausbruch des Krieges wendeten die Zahlstellen aus lokalen Mitteln hierfür insgesamt M. 237 494,23 auf. Für Unterstützung an Kriegsteilnehmer und deren Familien wurden somit aus der Verbandshauptkasse und den Lokalkassen bis zum Schlusse des dritten Quartals dieses Jahres zusammen M. 1 421 335,15 gezahlt.

Der Vermögensausweis unseres Zentralverbandes stellt sich seit 1913 am Schlusse des dritten Quartals wie folgt:

Jahr	Bestände in den Zahlstellen		In den Zahlstellen verbliebene Hauptkassengelder		Bestand in der Hauptkasse		Summe	
	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ
1918....	905649	01	54092	40	3783749	80	4693431	21
1914....	935313	09	148066	02	4043464	31	5126843	42
1915....	809321	95	25441	36	4200595	22	5035358	53
1916....	778935	59	8212	25	4277890	33	5065038	17
1917....	782744	51	12893	39	4317821	67	5113459	57

Die Reklamierten.

Die vielen Klagen aus Verbandskreisen über das Verhalten der Reklamierten der Organisation gegenüber sind bekannt. Um sie auf ihre Berechtigung hin zu prüfen, hat der Zentralvorstand Ende Juni 1917 besondere Erhebungen veranlaßt. Durch sie sollte festgestellt werden, ob und wieviele Reklamierter bei Arbeiten im Bereiche unserer Verbandszahlstellen als Zimmerer oder nicht als Zimmerer beschäftigt; wieviele davon vor ihrem Eintritt zum Heeresdienst Mitglieder des Verbandes gewesen; wieviele sich bereits wieder zum Verband angemeldet und wieviele nicht, sowie aus welchen Gründen die Anmeldung bis dahin nicht geschehen. Außerdem sollte noch erfragt werden, ob bei Reklamationen die Hilfe der Zahlstellenleitungen in Anspruch genommen, und endlich galt es, auch die Zahl der Unorganisierten festzustellen und zu erforschen, inwieweit in den Zahlstellen Agitation für ihre Gewinnung entfaltet worden ist. Die Erhebungen haben sich, was vorweg gesagt sein mag, ungemein schwierig gestaltet. Aus vielen Zahlstellen waren die Resultate nur nach wiederholten Aufforderungen hereinzubekommen. Kamhafte Zahlstellen, wie Berlin, Bitterfeld, Duisburg, Merseburg und andere mehr, in denen nachweislich eine starke Anzahl reklamierter Kameraden arbeitet, haben sich an den Erhebungen entweder gar nicht beteiligt oder das Material so spät eingeschickt, daß es für die Zusammenstellung nicht mehr mit verwertet werden konnte. Von 612 Zahlstellen mit 18 664 Mitgliedern, die unser Verband im zweiten Quartal 1917 zählte, sind 333 Zahlstellen mit 13 001 Mitgliedern von den Erhebungen erfaßt worden. Das Resultat entspricht somit in keiner Weise den Erwartungen, ist auch nicht geeignet zu allgemeinen Schlußfolgerungen in der einen oder andern Hinsicht. Wenn wir es hier trotzdem wiedergeben, so aus dem Grunde, weil eine andere Möglichkeit, in die so vielfach gerügten Dinge Einblick zu erhalten, nicht gegeben ist, und ferner, weil wir glauben, es dürfte dem Zwecke dienen, daß künftighin die Verbandszahlstellen derartige Erhebungen, mögen sie selbst mit noch so großen Schwierigkeiten verbunden sein, mit mehr Eifer betreiben, als leider in diesem Falle bewiesen worden ist.

In 232 Zahlstellen sind zusammen 3691 Reklamierter gezählt worden, wovon 2051 in Zimmerer- oder Dampfgeschäften, 1439 als Zimmerer in andern Betrieben und 201 nicht als Zimmerer in andern Berufen arbeiteten. Von den 3691 Reklamierten waren vor ihrem Eintritt zum Heeresdienst 2649 Verbandsmitglieder. Nach ihrer Entlassung aus dem Heeresdienst hatten sich wieder angemeldet 2026. Wühin hatten am Tage der Feststellung 623 ihre Anmeldung zum Verbande noch nicht bewirkt. 1042 aber waren weder vor ihrem Eintritt zum Heeresdienst Mitglieder des Verbandes gewesen, noch hatten sie sich nach ihrer Entlassung aufnehmen lassen. Insgesamt waren demnach 1665 Reklamierter nicht organisiert. Ihre Fernbleiben von der Organisation haben sie fast immer mit den gleichen Gründen zu entschuldigen versucht. Diese Gründe selbst sind hinreichend bekannt; stichhaltig sind sie nicht.

Zum Heeresdienst eingezogen waren Ende Juni 1917 nach den in den Vierteljahrsabrechnungen aus den Zahlstellen enthaltenen Angaben im ganzen 46 323 Verbandsmitglieder; nach unserer Kriegsstatistik vom 30. Juni 1917, die bekanntlich nur diejenigen zählt, die am Tage der Feststellung noch im Heeresdienst stehen, 42 507. Die Differenz beträgt 3816. So viele Mitglieder müßten demnach eigent-

lich bis dahin wieder aus dem Heeresdienst entlassen worden sein. Im Vergleich zu dieser Zahl erscheint die Zahl der Reklamierten, die sich bereits wieder zum Verbande angemeldet haben, 2026, sehr gering; sie beträgt reichlich die Hälfte. Von den hiernach noch fehlenden 1790 Mitgliedern sind bei den Erhebungen nur 623 ermittelt worden. Selbst wenn von dem verbleibenden Rest ein Teil auf diejenigen eingegangenen Zahlstellen fällt, die in unserer Kriegsstatistik nicht enthalten sind (das waren Ende Juni 1917 77), muß das Ergebnis als ein mangelhaftes bezeichnet werden. Es kann weder als Bestätigung für die laut gewordenen Klagen gelten, noch auch das Gegenteil beweisen.

In den 333 an den Erhebungen beteiligten Zahlstellen wurden außerdem noch 3135 unorganisierte Zimmerer gezählt. Davon dürfte seitdem, wie sich aus der tabellarischen Uebersicht ergibt, ein erheblicher Teil dem Verbande zugeführt worden sein; denn im dritten Quartal 1917 betrug die Zahl der Neu- und Wiedereintritte 1791. Daß der Mitgliederzuwachs trotzdem nur 452 beträgt, ist dem immer noch sehr starken Abgang an Mitgliedern zum Militär verschuldet, der sich allein für das Berichtsquartal auf 956 stellt. Im selben Quartal haben sich zwar auch 506 aus dem Heeresdienst entlassene Mitglieder zurückgemeldet.

Ein neuer Weg.

Was die Führer der russischen Revolutionsregierung in den letzten Wochen geleistet haben, ist staunenswert. Noch vor reichlich einem halben Jahre waren die Lenin und Trotski heimatlose Flüchtlinge, denen die Spürhunde des Zaren auf den Fersen saßen; Trotski war noch während des Krieges auf Verreiben der zaristischen Regierung aus Frankreich ausgewiesen worden. Er lebte zuletzt mit Lenin in der Schweiz, bis sie mit ihren Schicksalsgefährten, nachdem der Zar gestürzt worden war, nach Rußland zurückkehren durften. Als die deutsche Regierung die Erlaubnis erteilte, daß die heimkehrenden Verbannten durch das deutsche Reichsgebiet führen, stellte sie die Bedingung, daß während der ganzen Durchfahrt keiner die Bahnwagen verlassen dürfe. Diese Vorschrift erschien ihr geboten; denn nach landläufiger Auffassung handelte es sich immerhin um Personen, denen man allerlei Schlichkeiten zutrauen durfte. Weder die Regierung noch Lenin und Trotski, die sich mit in dem verschlossenen Zuge befanden, ahnten, wie bald sie sich unter ganz andern Verhältnissen würden näherten. Die geächteten Flüchtlinge von damals, für die jeder Gendarm seine Sicherheitskeiten in Bereitschaft hielt, sind heute die Lenker des russischen Reiches. Und die Vertreter der deutschen Reichsregierung verkehren mit den Beauftragten der Lenin und Trotski auf dem Fuße von Gleichberechtigten. Das Leben schreibt manchmal recht hübsche Komödien.

Wohl selten hat ein leitender Staatsmann in so kritischer Lage die Zügel der Regierung ergreifen müssen wie Lenin. Im Innern ging alles drunter und drüber. Die Verkehrs- und Ernährungsschwierigkeiten enorm, die Beamtschaft widerwillig, wenn nicht gar direkt auffällig, die Finanzen in grauenhafter Unordnung, das Militär in zwei Laget geteilt, die Arbeiter gleichfalls gespalten, dazu die Entente-Diplomaten, die nur auf den Augenblick warteten, der Gegenrevolution zum Siege zu verhelfen. Zum Ueberdruß noch der innere staatliche Zerfall des gewaltigen Reiches, überall das Aufstehen von Sonderregierungen und Sonderrepubliken, von denen jede in ihrem eigenen Köpfechen lochen wollte. Im Hintergrunde die Kerenski, Kaledin, Kornilow mit ihren Anhängern, die zunächst die Mehrheit zu vertreten schienen. Nicht einmal die beiden Hauptstädte Petersburg und Moskau einig. Es war zu begreifen, daß unter solchen Umständen auch Leute, die den Bolschewiki alles Gute wünschten, die Regierung Lenins für eine nach wenigen Tagen oder Wochen in sich selbst zusammenbrechende Episode erblickten.

Es ist anders gekommen. Bei weitem sind die Schwierigkeiten noch nicht behoben, und was nach Friedensschluß kommen wird, vermag niemand vorauszusagen. Aber fest steht, daß es bisher der Regierung Lenins und Trotskis gelungen ist, nicht nur sich zu halten und zwei oder drei immerhin bedenkliche Ministerkrisen zu begleichen, sondern auch in fortschreitendem Maße ihre Stellung zu befestigen, so daß die Zentralmächte in der Regierung Lenins genügende Bürgschaft zu finden glauben für den Abschluß eines Friedens. Was über die ersten Verhandlungen bekannt geworden ist, lautet ermutigend und verspricht Erfolg. Die zehntägige Pause, die bis zur Wiederaufnahme der Vollziehungen eingeschoben ist, um den Westmächten Zeit zu gewähren, sich unter den bekanntgegebenen Grundbedingungen den Friedensverhandlungen anzuschließen, ist keine verlorene Frist; denn inzwischen arbeiten die einzelnen Delegationen. Von der russischen Regierung wie von den Zentralmächten ist bisher so kluge Mäßigung gezeigt worden, daß die weitere Entwicklung mit Ruhe abgewartet werden kann.

Aber was befähigte Lenin und Genossen, die grenzenlosen Verwirrungen und Schwierigkeiten zu meistern? Ohne jede Vorbereitung, ohne alle Examen, ohne die Hilfe von

Geheimräten, bei denen sie sich in gefährlichen Lagen hätten Rat holen können, haben sie die leitenden Stellen eingenommen und sich ihren Aufgaben gewachsen gezeigt. Wie ist dieses geheimnisvolle Wunder zu erklären? Sehr einfach! Die Grundlage für ihr Auftreten und Handeln ist die Demokratie. Natürlich müssen sie ihren Kopf für sich haben. Als Haupt dürfen sie sich nicht von Augenbildströmungen beherrschen lassen. Sie müssen sogar, wenn nötig, den Wünschen einer Masse entgegenzutreten können. Lenin und Trotski sind mehr als einmal gezwungen gewesen, das zu tun. Aber darin liegt auch nicht das Wesen der Demokratie, daß irgendeine Mehrheit ihren Kopf durchsetzen kann. Wohl aber haben Lenin und Trotski vermocht, den Sowjets die Ueberszeugung beizubringen, daß sie es nicht nur ehrlich meinen mit der Durchführung des sozialistischen Programms, sondern daß ihnen auch der erforderliche feste Wille und die kluge Einsicht nicht fehlen. Sie haben Vertrauen zu den Sowjets, und diese haben Vertrauen zu ihnen. Im Ziele sind alle einig, und über den zur Erreichung einzuschlagenden Weg verständigt man sich. Haupt und Glieder in sich einig, einander vertrauend, geben eine Kraft, die nicht so leicht überwunden werden kann.

Auch die Sowjets werden wie jede größere Körperschaft Mitglieder enthalten, die als Organisierte nur dann mit einer Sache einverstanden sind, wenn sie ganz nach ihrem Kopfe geht. Wehe der Demokratie, wenn solche Eigenbräuler die Mehrheit bilden. Dann ist von vornherein jede erspriessliche Entwicklung unterbunden. Wenn aber die Mehrheiten demokratischer Körperschaften das Wesentliche vom Unwesentlichen, das Hauptstäbliche vom Nebenstäblichen zu trennen wissen, wenn erkannt wird, daß nur festen das volle Ganze nach Wunsch zu erreichen ist, daß vielmehr in der Regel nur Teilerfolge zu erzielen sind, dann werden demokratisch gestimmte und geleitete Körperschaften ohne große Reibungen vorwärts kommen, und ihre Teilerfolge werden bald genug zu respektabler Größe anwachsen, jedenfalls zu bedeutenderer Höhe, als wenn starr auf dem Standpunkte des Alles oder Nichts verharret worden wäre. Lenin und Trotski, ganz keine Männer des Zauderns oder Schwankens, haben ihre Politik nach innen und außen auf das Erreichbare eingestellt, und getragen vom Vertrauen der Sowjets, haben sie damit mehr gewonnen, als bei ihrem Regierungsantritt erwartet werden konnte.

Das zweite Moment ihrer Erfolge liegt in der rücksichtslosen Weisheitschiebung aller der Formen und Formeln, mit denen bisher, auch noch unter Kerenski, die spezielle Regierungstätigkeit umgeben worden war. — Oeffentlichkeit als Prinzip. Oeffentlich sollen die Friedensverhandlungen in jedem ihrer Teile sein. Oeffentlich soll alles beraten und beschlossen werden. Wie schon die Veröffentlichung der Geheimdokumente eine Tat war, die wie Erlösung von einem Alp wirkte, so soll auch in Zukunft der Verkehr mit fremden Regierungen unter der Kontrolle der Oeffentlichkeit stehen. Keine Geheimdiplomatie mehr, die in Dunkelkammern arbeitet; keine geheimen Abmachungen mehr, aus denen dann Konflikte entstehen, für die dann die Völker ihr Blut verspritzen müssen. Alles öffentlich. Das ist unbequem, mag auch von manchen für bedenklich gehalten werden. Aber es ist die sicherste Waffe der Völker gegenüber ihren Regierungen. Demokratische Oeffenheit, die Möglichkeit, daß Regierende und Geleitete volles Vertrauen zueinander haben können, und Kontrolle aller Regierungshandlungen durch die Oeffentlichkeit. Diese Grundzüge sind durch Lenin und seine Freunde zum ersten Male durchgeführt worden; sie haben sich damit ein Verdienst um die Völker für alle Zeiten erworben.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralverbandes.

Erfahrungsbücher.

Mit Schluß der Beitragsleistung werden wieder eine Anzahl Mitgliedsbücher voll, für die Erfahrungsbücher ausgestellt werden müssen. Es werden immer wieder Mitgliedsbücher zum Umtausch eingepfandt, die nicht in Ordnung sind und für die daher Erfahrungsbücher nicht ausgestellt werden können. Diese Mitgliedsbücher müssen dann wieder an die Zahlstellen zurückgeschickt, damit sie erst in Ordnung gebracht werden. Zur Vermeidung unnötiger Arbeit, Ankosten und gegenseitigen Mergers bitten wir die Zahlstellenvorstände und besonders die Zahlstellenkassierer, nachstehende Anleitungen genau zu beachten und danach zu handeln:

Erfahrungsbücher werden gemäß § 5 Absatz 4 des Verbandsstatuts nur vom Zentralvorstand ausgestellt. Die Mitglieder dürfen ihre vollen Mitgliedsbücher nicht selbst an den Zentralvorstand zum Umtausch einbringen, sondern liefern sie an den Zahlstellenkassierer ab. Der Zahlstellenkassierer sammelt die Bücher und sendet sie in handlichen Paketen oder Prozeßbündelungen an den Zentralvorstand ein.

Die Zahlstellenkassierer bitten wir dringend, nur solche Bücher zum Erlaß einzufenden, die auch tatsächlich in Ordnung sind. Es ist daher notwendig, daß sie vor der Abendung jedes einzelne Buch nachprüfen, ob die nach-

stehenden Vorbedingungen erfüllt sind, damit auch ein Ersatzbuch ausgestellt werden kann.

Ein Mitgliedsbuch ist in Ordnung: wenn eine Eintritts- oder Erneuerungsmarke eingeklebt ist; wenn die An- und Abmeldevermerke ordnungsmäßig eingetragen sind;

Befreiung vom Beitrag erfolgt nur in den im § 7 vorgesehenen Fällen und auch nur dann, wenn das Mitglied die Vorbedingungen hierfür erfüllt hat.

Nach § 20 Absatz 7 und 8 endet für Bauzähler und zum Militär eingezogene Mitglieder die Beitragspflicht mit dem Tage des Eintritts.

Solange unsere Mitglieder noch im Heeresdienst stehen, werden deren voll gewordene Mitgliedsbücher nicht umgetauscht.

Hierbei zeigt sich immer wieder, daß in den vollgewordenen Mitgliedsbüchern der Kameraden, die in den ersten Tagen der Mobilmachung zum Heeresdienst eingezogen wurden, die Beitragsmarken nicht voll bis zum Tage der Einberufung geklebt sind und damit den Bestimmungen des § 20 Absatz 7 und 8 nicht entsprechen wird.

Zur Beseitigung von Unklarheiten sei daher darauf hingewiesen, daß in der Woche vom 26. Juli bis 1. August 1914 die 22. Beitragsmarke geklebt sein mußte.

Verlorene Beitragsmarken werden den Mitgliedern nicht angerechnet oder ersetzt.

Dann müssen die Mitgliedsbücher vor der Einreichung durchgesehen werden, ob die Personalien auf der Titelseite, insbesondere die Namen, Geburtsort und -datum, sowie Eintritts- und -datum richtig und deutlich geschrieben sind.

Die Zahlstellenverordnungen werden dringend empfohlen, Materialbestellungen aller Art nicht den Mitgliedsbüchern beizulegen.

Materialbestellungen.

Den Zahlstellenleitungen wird dringend empfohlen, Materialbestellungen aller Art nicht den Mitgliedsbüchern beizulegen.

Das Material für die Feststellungen über den Mitgliederbestand in den Zahlstellen

für das erste Vierteljahr 1918 ist diese Woche versandt. Die Feststellungstermine sind:

Table with 2 columns: Date (Somabend, 12. Januar, 26. Februar, 9. Februar) and Location (Somabend, 23. Februar, 16. März, 30. März)

Zahlstellen, die bis 6. Januar noch nicht im Besitz des Materials sind, haben sofort dem Unterzeichneten Mitteilung zu machen.

Der Zentralvorstand.

Rechnungsabschluss

des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands über das 3. Quartal 1917.

a) Lokalkassen.

Einnahmen.

Table with 2 columns: Description (An Vermögensbeständen vom 2. Quartal 1917, Lokalfondsbeiträgen, sonstigen Einnahmen) and Amount (M. 760662,56, 69514,75, 25017,02)

Ausgaben.

Table with 2 columns: Description (Per örtliche Aufwendungen, Vermögensbestand am Schlusse des 3. Quartals 1917) and Amount (M. 72449,82, 782744,51)

b) Zentralkasse.

Einnahmen.

Table with 2 columns: Description (An Vermögensbestand vom 2. Quartal 1917, Guthaben in den Zahlstellen vom 2. Quartal 1917, Eintrittsgebühren, Wochenbeitragsmarken, diverser Verbandsliteratur, Bücherfutturalen, Duplikaten, Rolportagemarken, Zinsen, Diverses) and Amount (M. 4222123,99, 5747,39, 1482,-, 171188,96, 3,-, 50,90, 5,-, 3,-, 10631,17, 349,13)

Ausgaben.

Table with 2 columns: Description (Per Agitation, Arbeitslosenunterstützungen, Familienunterstützungen, Gemäßregeltenunterstützungen, Konferenzen und Sitzungen, Rechtsschutzkosten, Reichsversicherung, Statistikkosten, Lohnbewegungen (Verhandlungen usw.), Verbandsorgan („Der Zimmerer“), verbranntes Handwerkszeug, Verwaltungskosten) and Amount (M. 35135,09, 491,25, 13769,70, 688,90, 193,05, 208,12, 1982,90, 2089,90, 239,55, 11487,38, 442,70, 10898,18, 3239,75)

Im Laufe des 3. Quartals mußten wiederum 2 Zahlstellen infolge der Einberufung sämtlicher oder des größten Teiles der Mitglieder ihre Tätigkeit vorläufig einstellen, so daß am Schlusse des Quartals 610 Zahlstellen mit 19 116 Mitgliedern gezählt wurden.

Adolf Römer, Kassierer.

Hamburg 1, Gewerkschaftshaus.

Obigen Rechnungsabschluss mit den Büchern verglichen und für richtig befunden zu haben, bestätigen:

H. Gde, zweiter Vorsitzender, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus. Fritz Söber, Harburg, Marienstr. 78. Th. Behnen, Hamburg 33, Schwalbenstr. 4, 3. St.

Unsere Lohnbewegungen.

Zur Eintreibung der Teuerungszulage hat die Leitung des Leunawerkes bei Merseburg unterm 13. Dezember 1917 ein Rundschreiben an die auf dem Werke beschäftigten Kauffirmen erlassen, worin ausgeführt wird:

Diejenigen Firmen, die nach der zwischen dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und den deutschen Bauarbeiterverbänden abgeschlossenen Berliner Vereinbarung vom 29. November 1917 ab 10. Dezember 1917 die dritte Kriegsteuerungszulage zu zahlen haben, ersuchen wir, diese Zulage zu entrichten und die vorgeschriebenen Belege für die Rückerstattung der Zulage unserer Bauleitung zur Bescheinigung vorzulegen.

Daß eine solche Maché Unruhe, Mißmut und Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft hervorruft, bedarf sicherlich keiner näheren Darlegung.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bernburg. Die am Sonntag, 16. Dezember, im Gewerkschaftshaus tagende Zahlstellenversammlung erhebt zunächst das Andenken der im Felde gefallenen Zahlstellenmitglieder in üblicher Weise.

Gumbinnen. Die am 23. Dezember abgehaltene, gut besuchte Mitgliederversammlung befaßte sich mit der Abrechnung vom vierten Quartal und dem Bericht über die zentralen Verhandlungen und Vereinbarungen für das Baugewerbe.

Ludentwalde. Am 16. Dezember fand eine Mitgliederversammlung statt. Gauleiter Knipfer berichtete über die Verhandlungen am 27. und 28. November im Reichswirtschaftsamt.

Rastenburg. In einer Mitgliederversammlung am 15. Dezember erbat Kamerad Nicolai den Bericht über die zentralen Verhandlungen in Berlin über die dritte Teuerungszulage.

Die Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege. Die Kriegswachenhilfe ist bei Abkommandierung des Ehemannes zum Arbeiter stets voll zu gewähren; dagegen fällt der Anspruch fort bei längerem Arbeitsurlaub.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Die Kriegswachenhilfe ist bei Abkommandierung des Ehemannes zum Arbeiter stets voll zu gewähren; dagegen fällt der Anspruch fort bei längerem Arbeitsurlaub.

Anzeigen.

Todesanzeige.

Am 15. Dezember starb nach neunmonatigem Krankenlager unser Kamerad [M. 3,60] Albert Kohl im 56. Lebensjahre.